

Zentralasien – Interessen, Mächte und Konflikte

Detlef Bimboes

1. Zentralasien und der Kampf um die Vormacht auf dem eurasischen Kontinent

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat die Vormachtstellung Russlands auf dem eurasischen Kontinent beendet und zugleich auf der gewaltigen Landmasse, die Europa und Asien mitsamt der Arabischen Halbinsel und ihrer Golf-Region umfasst, ein tektonisches Beben ausgelöst. Die politischen und wirtschaftlichen Grundmuster haben sich auf dem eurasischen Kontinent verschoben. Das Machtvakuum wird gefüllt, die politischen Karten werden neu gemischt. Die Europäische Union steigt zu einer immer stärkeren politischen und wirtschaftlichen Weltmacht auf, neben sich ein geschwächtes, zum Kapitalismus zurückkehrendes, aber rohstoffreiches und immer noch atomar hochgerüstetes Russland. Die wirtschaftliche Dynamik des ebenfalls zu einer Weltmacht aufsteigenden Chinas, die Indiens und jene in anderen Teilen Asiens beginnt die globalen Grundmuster des Energieverbrauchs zu verändern. Konkurrenz und Rivalität beherrschen die Bühne. Der Zugang zu Energieressourcen, Märkten und Handelsvorteilen bestimmt die Auseinandersetzungen. Eine neue Weltordnung mit alten politischen Denk- und Handlungsmustern ist entstanden. Die die globalen Geschehnisse bestimmenden kapitalistischen Industriestaaten – die USA und die der EU - bauen ihre Vormachtstellung auf dem eurasischen Kontinent aus, wobei die USA als führende Weltmacht ihre Position in diesem Prozess unnachgiebig festigt. Die NATO ist zum allein dominierenden Militärbündnis aufgestiegen, sie dehnt sich aus und ordnet unter Führung der USA die Welt nach eigenem Gutdünken. Geltendes Völkerrecht, die UNO und die OSZE werden beiseite geschoben. Statt europäischer Sicherheitsordnung, statt Frieden und Abrüstung ziehen Aufrüstung, Gefahren internationaler Verwicklungen, Krisen und Kriege herauf. Zahlreiche Bürgerkriege, der dauernde Nahost-Konflikt, die beiden Golf-Kriege, der Jugoslawien-Krieg, das Menetekel des 11. September 2001 und der Sturz des Taliban-Regimes in Afghanistan, die neuerlichen Spannungen zwischen den beiden Atommächten Pakistan und Indien, Flucht und Vertreibung sind erste Vorboten. Die Grenzen zwischen Krieg und Frieden verschwimmen. Ressourcenkriege um die letzten Öl- und Gasvorräte drohen. Im Visier der Interessen liegt die öl- und gasreichste Region der Erde, die sog. „strategische Ellipse“. Sie reicht von der

Arabischen Halbinsel über den Irak und Iran bis nach Zentralasien. Es ist eine alte, immer wieder von Kriegen, Krisen und Spannungen um das Öl zerfurchte Region, in der noch ca. 70 % der Welterdölreserven und ca. 40% der Welterdgasreserven lagern. Hier werden von den USA und der NATO verstärkt militärstrategische Vorkehrungen getroffen, damit eine ungehinderte Zufuhr von Öl- und Gas sichergestellt werden kann. Ölwirtschaftliche und geopolitische Interessen vermischen sich. Wer hier die Macht hat, kann nicht nur auf die Energievorräte zugreifen, sondern bestimmt – was noch wichtiger ist – über Pipelinerouten, Absatzwege und Zugänge zu den Weltmärkten. Gleichzeitig kann herrschaftssichernd – politisch, wirtschaftlich wie militärisch - auf umgebende Regional- und Großmächte sowie sich entwickelnde Machtkonstellationen Einfluss genommen werden.

2. Die zentralasiatische Krisenregion im Überblick

Die globalen Veränderungen haben auch Zentralasien erfasst. Es ist ein riesiges Gebiet, in dem der Islam die bestimmende Religion ist und das über die ehemals sowjetischen mittelasiatischen Staaten Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kirgisistan und Kasachstan hinaus die zu China gehörende Region Sinkiang, die Mongolei sowie Afghanistan umfasst. Von besonderer Bedeutung in dem Gebiet ist Mittelasien, das Teil der kaspischen Konfliktregion ist, die auch den Kaukasus einschließt. Wenn auch der Beitrag sich im engeren nur mit Mittelasien beschäftigt, so wird doch immer wieder die gesamte kaspische Konfliktregion einbezogen. Das deshalb, weil die Konflikte die gesamte Region durchziehen und nicht isoliert betrachtet werden können. Die ehemals sowjetischen und nunmehr fünf neuen selbständigen Staaten stellen eine Zone der Instabilität dar, die von den Konflikten im Kaukasus und dem (inzwischen vorerst militärisch „ruhiggestellten“) Konfliktherd in Afghanistan (s. dazu den Beitrag von M. Baraki im vorliegenden Beitragsband) mit beeinflusst wird. Kompliziert und verschlimmert wird die Situation – wie erwähnt - durch die großen Öl- und Gasvorräte.

Die Situation stellt sich in wichtigen Bereichen wie folgt dar:

1. Winzige Eliten, Clans und Oligarchien, die aus den ehemaligen kommunistischen Führungen in Partei und Wirtschaft entstammen, eignen sich die Reichtümer an. Es bestehen krasse Sozial- und Einkommensunterschiede sowie durchweg hohe Arbeitslosigkeit. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der offiziellen Armutsgrenze. Die Wirtschafts- und Sozialsysteme funktionieren seit der Unabhängigkeit kaum noch. Ihr Aufbau kommt nur

schleppend voran. So bewegt sich z. B. der Außenhandel nur auf äußerst niedrigem Niveau, abgesehen von Kasachstan, das seine Energieexporte erheblich ausweiten konnte. Das gemeinsame Bruttosozialprodukt von Kasachstan, Turkmenistan und Aserbeidschan (das nicht zu Mittelasien gehört) beträgt derzeit weniger als das Bruttosozialprodukt der Stadt Bremen!

Neben dem Verfall der Verkehrs- und sonstigen öffentlichen Infrastruktur liegt auch das Bildungs- und Gesundheitswesen am Boden. Gefährliche Infektionskrankheiten wie Tuberkulose sind wieder auf dem Vormarsch. Die Lebenserwartung ist gesunken.

2. Es sind – mit gewisser Ausnahme von Kirgisistan - Staaten mit undemokratischen Verhältnissen, zunehmender staatlicher Unterdrückung jeglicher Opposition und Regimekritik unter dem Vorwand der Bekämpfung des Extremismus.

Menschenrechtsverletzungen, religiöse und ethnische Spannungen sind an der Tagesordnung. Migrationsdruck und Flüchtlingsströme bilden große Probleme, die sich teilweise bereits bis in die EU auszuwirken beginnen.

Dieser Hintergrund bildet den Nährboden für extremistische Einstellungen. Eine Quelle für fundamentalistische islamische Strömungen sind die vielen privaten Koranschulen, an denen zahllose Kinder und Jugendliche ausgebildet und indoktriniert werden. Sie ersetzen in erheblichem Umfang nicht mehr funktionierende staatliche Bildungs- und Sozialsysteme und werden ganz wesentlich von Saudi-Arabien (s. Kap. 2.7) finanziert.

3. Drogenschmuggel, Waffenhandel, organisiertes Verbrechen und Terrorismus bilden ein ernstes Problembündel. Es bestehen Beziehungen zu radikalen islamischen Gruppen. Das sozial und wirtschaftlich am Boden liegende Tadschikistan dürfte zu mehr als einem Drittel seiner gesamten Wirtschaftstätigkeit vom Drogenhandel abhängig sein. Dieser bezieht sein Rauschgift im wesentlichen aus dem benachbarten Afghanistan, dem weltweit größten Opiumproduzenten. Das Rauschgift trägt nicht nur zur Destabilisierung von ganz Zentralasien bei, sondern gefährdet auch Russland und Europa. Dieses Problem einschließlich der Aushebung der Rauschgiftmafia lässt sich nur langfristig lösen. Die Bauern benötigen andere Anbaumöglichkeiten mit stabilen Absatzmärkten bzw. neue Erwerbsmöglichkeiten.

4. Regional gibt es beklemmende Umweltprobleme. Die ökologische Katastrophe am Aralsee (Austrocknung) zeitigt schlimme Folgen für Arbeit, Gesundheit und Regionalklima. Die ganze Region ist zu einem Notstands- und Krisengebiet erklärt worden. Ursache ist der

anhaltend exzessive und wasserverschlingende, ökologisch bedenkliche Anbau von Baumwolle für den Export, insbesondere in Usbekistan. Eines der ernstesten, zunehmend konflikträchtigen Probleme ist das einer gerechten Wasserverteilung (s.u.) zwischen den einzelnen Staaten. Durch den Zerfall der Sowjetunion sind die Aralsee-Zuflüsse Amur-Darja und Syr-Darja zu Grenz- oder grenzüberschreitenden Flüssen geworden. Usbekistan ist zu 91%, Turkmenistan zu 98% von externer Wasserzufuhr abhängig. Außerdem verfügt Usbekistan beim Amu-Darja über 42%, beim Syr-Darja über 16 seiner gesamten Stauseekapazität, während Turkmenistan leer ausgeht (Gustav W. Sauer, 2001, S.96). Als letztes schwerwiegendes Problem sei das hochgradig verseuchte Atomwaffentest-Gelände in Semipalatinsk erwähnt, dessen Sanierung geschweige denn Hilfe für die betroffenen Strahlenopfer nicht absehbar ist.

5. Die Grenzen zwischen den einzelnen Staaten sind ungenau definiert und in kritischen Zonen nicht markiert. Die ganze Region ringt um Staatenbildung und politische Orientierung. Jeder Staat ist hier politisch und in seinen Interessen verwundbar. Einen besonderen Brennpunkt bildet das Dreiländereck Ferganatal, das überwiegend zu Usbekistan, teilweise aber auch zu Tadschikistan und Kirgisistan gehört. Hier spitzen sich die Probleme noch durch eine starke Übervölkerung zu. In dieser fruchtbarsten und am stärksten industrialisierten Region vermischen sich Gemeinsamkeiten und Rivalitäten einer langen und schwierigen Geschichte mit den aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Immer wieder brechen Auseinandersetzungen zwischen den vielen ethnischen Gruppen aus, Hier haben eine ganze Reihe von Konflikten zwischen den Staaten Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Kirgisistan ihren Ausgang genommen.

Zwischenzeitlich sind in der Krisenregion gefährliche Nationalismen entstanden, die insbesondere in Mittelasien das Spannungsverhältnis aus anwachsendem Islamismus und regionalen oder spezifischen ethnischen Interessen übertünchen und so zur Festigung der bestehenden Machtverhältnisse in den einzelnen Staaten beitragen sollen. Gefährlich auch deswegen, weil es an lebenswichtiger zwischenstaatlicher Kooperation wie im Bereich der Regelung von Wasserverteilung und –bewirtschaftung mangelt. Die noch aus der Sowjetunion stammende Infrastruktur für Energie- und Wasserversorgung ist immer noch die alte und orientiert sich nicht an den neuen Staatsgrenzen. Hier nehmen Konflikte in letzter Zeit deutlich zu. So blockierten sich kürzlich Kirgisistan und Usbekistan gegenseitig die Strom- und Wasserzufuhr. Tadschikistan blieb ohne usbekisches Gas. Andere Konflikte

nehmen ebenfalls zu. Beispielsweise verminnte Usbekistan vor kurzem Grenzabschnitte an seiner Grenze zu Tadschikistan mit dem Hinweis, dass das Land durch islamistische Gruppen bedroht sei. Die Verminung hat bereits zu etlichen Toten und Verletzten geführt, weil sich über die Grenze hinweg traditionelle Weidegebiete erstrecken (s. NZZ online 2001, Uwe Halbach, 2001, S. 1).

Vor diesem Hintergrund bilden Instabilität und Zerbrechlichkeit der jungen Nationalstaaten ein Kernproblem. Krisenhafte oder kriegerische Entwicklungen in diesen Staaten wirken sich unmittelbar auch auf die Nachbarländer aus. Sie können besonders den Vielvölkerstaat Russland oder China treffen, die beide große Demokratiedefizite aufweisen, von scharfen sozialen Gegensätzen und Armut sowie vielen Minderheitsproblemen geprägt sind. Gerade dadurch können von außen kommende Probleme die Sicherheit und innere Entwicklung von Russland oder in China die Stabilität seiner Region Sinkiang beeinträchtigen. Es gibt genügend Ansatzpunkte für fundamentalistische islamistische Strömungen, da immer wieder berechnigte Bevölkerungsinteressen, deren Vertreter und Organisationen unterdrückt werden. So beträgt beispielsweise in der Region Sinkiang das durchschnittliche Einkommen der Uiguren, einem starken Bevölkerungsteil islamischen Glaubens, nur die Hälfte des der Han-Chinesen. Letztere wurden bewusst angesiedelt und haben das Volk der Uiguren an den Rand gedrückt. Hiergegen richten sich die weitaus meisten Proteste der Uiguren, die aber bislang nur begrenzt mit terroristischen, islamistischen Positionen in Verbindung gebracht werden können. (Heike Holbig, 2002, S.22 ff.; Karl Grobe, 2002, S. 3). Die chinesische Politik der Härte und Abschreckung, der Gängelung und Kriminalisierung der islamischen Uiguren verstärkt gerade jene Radikalisierung, die sie vorgibt, zu bekämpfen.

In Russland werden Problemlösungen zusätzlich dadurch erschwert, dass die autoritären und repressiven Verhältnisse mit einer äußerst schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Situation einhergehen. Nach eigenen Schätzungen wird das Land noch 15 Jahre brauchen, um wenigstens das wirtschaftliche Niveau von Portugal zu erreichen.

Insgesamt werden aber nicht nur Russland und China, sondern alle zentralasiatischen Staaten, lernen müssen, dass der Kampf gegen Terroristen, die oft mit illegalem Waffen- und Rauschgifthandel verwoben sind, nicht zur Legitimation benutzt werden darf, weiterhin jegliche systemkritische Opposition, jede freie Meinungsäußerung oder den Ruf nach mehr Autonomie ständig mit dem Generalverdacht des Terrorismus und Extremismus zu

überziehen und rücksichtslos zu bekämpfen. Es wird vielmehr darauf ankommen, die Forderungen der sozialen Bewegungen aufzugreifen, die Probleme an der Wurzel zu packen, die scharfen sozialen Gegensätze aufzuheben, Armut und Ungerechtigkeit zu beseitigen, Autonomierechte zu gewähren und den Islam wie auch ethnische Minderheiten gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Damit werden zugleich jene Bedingungen geschaffen, die es ausländischen Mächten erschweren, an innerstaatlichen Konflikten (z. B. wie in Tschetschenien) anzusetzen und zur weiteren Destabilisierung der Verhältnisse zu nutzen.

Tadschikistan ist ein Beispiel dafür, wie ein äußerst gewalttätiger Konflikt mit tatkräftiger Hilfe der OSZE gelöst und eine islamistische Partei in das politische System integriert werden konnte (Seifert, Arne C., S.17 ff, 2002). Das ist eine bislang einmalige Entwicklung in Zentralasien und im Bereich der GUS-Staaten.

2. Interessen, Mächte und Bündnisse

Mittelasien wie auch der auf der Westseite des Kaspischen Meeres liegende Kaukasus sind in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder von Konflikten und Kriegen um politische Vormacht, Wirtschafts- und Handelsinteressen erschüttert worden. Hier kämpften in der Vergangenheit das türkische, persische und russische Reich um Macht, Einfluss und Ausdehnung. Die russische Eroberung Mittelasiens, die von der Forcierung des Baumwollexports bestimmt wurde, verstärkte die das gesamte 19. Jahrhundert bestimmende Rivalität zwischen dem britischen und russischen Imperialismus und in die dauernd Afghanistan hineingezogen wurde. Seit über 100 Jahren richten sich die Interessen auf die Ölförderstätten in dieser geopolitisch brisanten Region. Noch kurz vor seiner Niederlage im I. Weltkrieg wäre es Deutschland beinahe gelungen, den Zugang zum Erdöl am Kaspischen Meer zu gewinnen. Dann versuchte England vergeblich, hier nach der Oktoberrevolution wieder Fuß zu fassen. Ein erneuter Griff Deutschlands nach dem Öl scheiterte im Zweiten Weltkrieg.

Seit dem Ende der Sowjetunion beginnt der alte, rohstoffreiche und strategisch wichtige Krisenherd wieder zu schwelen. Er liegt am Schnittpunkt der Interessen Russlands, Chinas, Irans und der Türkei. Hinzu kommen die machtvoll vorgetragenen Interessen der USA und die zunehmend geltend gemachten der EU.

Inzwischen schält sich immer eindeutiger heraus, dass die gesicherten, regional unterschiedlich verteilten Ölvorräte zwar nicht ungeheuer groß sind, sich aber doch in der Größenordnung jener der Nordsee bewegen. Hoch genug jedenfalls, um bei den weltweit zur Neige gehenden Vorräten zu schweren Verteilungskonflikten führen zu können. Die größten Erdölvorkommen sind bislang in Kasachstan gefunden worden, das auch an mineralischen Rohstoffen reich ist und hier für wichtige Stoffe zu den „Top ten“ der Welt zählt. Die gesicherten Erdgasvorräte entsprechen in etwa sechs Prozent der Weltreserven. Die größten Erdgasvorkommen liegen in Turkmenistan, dicht darauf folgen die von Kasachstan und Usbekistan. Demgegenüber verfügen Kirgisistan und Tadschikistan über keine reichhaltigen Energievorräte.

Die Region ist wieder zum Aufmarschgebiet der führenden kapitalistischen Industrieländer und ihrer Ölkonzerne, vor allem jener aus den USA und der EU, geworden. Die Öl- und Gasvorräte sollen zu ihrer unmittelbaren Versorgung beitragen, von der zunehmend unsicheren Golfregion entlasten und als strategische Reserve dienen. Zugleich sollen sie als Preishebel gegenüber dem OPEC-Kartell eingesetzt werden, dass zusammen mit den Golfstaaten, dem Irak und Iran weltweit über die größten Vorräte verfügt und deren Bedeutung in Zukunft noch wachsen wird.

Neben den westlichen Industriestaaten haben Süd- und Südostasien wachsenden Energiebedarf. In Indien und China wächst der Bedarf dramatisch. Er steigt jährlich um 20 bis 30 Prozent. Insbesondere China wird derzeit zum Konkurrenten westlicher, aber auch russischer Ölkonzerne. Vor diesem Hintergrund liegen in der kaspischen Region die Themenfelder „Konflikt und Instabilität“, „Energierohstoffe und Pipelines“ und die „Konkurrenz von Groß- und Weltmachtinteressen“ so nahe beieinander. Die Brisanz liegt darin, dass innerstaatliche oder regionale Konflikte, begleitet von rivalisierenden Machtinteressen und Bündnissen, rasch von Zentralasien aus den ganzen eurasischen Kontinent erfassen und zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen können. Im Folgenden wird auf wichtige Machtinteressen und Bündnisse in der kaspischen Konfliktregion und russische Antworten kurz eingegangen.

2.1 Russlands Interessen

Russland versucht in seinem ehemaligen Herrschaftsgebiet dominierenden Einfluss zu behalten und hat hierzu bis vor kurzem gezielt sein noch aus Sowjetzeiten stammendes

Pipelinesystem eingesetzt. Die Weiterleitung von Öl und Gas aus Mittelasien ist bis heute fast ausschließlich über russischen Boden möglich. Die neuen Nationalstaaten sind ihrerseits bestrebt, sich so unabhängig wie möglich von Russland zu machen und suchen daher Anschluss an die USA und die Europäische Union. Russland hat deshalb im Zuge seiner Gegenstrategie früh seine Beziehungen mit dem christlichen Armenien, mit Tadschikistan sowie eingeschränkt mit Turkmenistan festigen können. Zu der mehrheitlich schiitischen Regionalmacht Iran baut es ebenfalls seine Beziehungen aus.

Russland versucht dem Druck des Unilateralismus der USA mit einem multipolaren Handlungsansatz zu begegnen. Es nähert sich hier chinesischen und in gewisser Weise auch europäischen Anliegen an.

Vor eine besonders schwierige Situation sieht sich Russland in dem gegenüber Mittelasien liegenden Kaukasus gestellt. Eine Abspaltung Tschetscheniens würde den Einfluss in der Region weiter schwächen und zugleich seine territoriale Unverletzlichkeit in Frage stellen. Eine Ausbreitung der Konflikte auf den gesamten, instabilen Nordkaukasus wäre dann nicht mehr ausgeschlossen. Für Russland ist das sehr gefährlich, weil dadurch das zerbrechliche Miteinander der russischen Regionen mit ihren vielen Völkerschaften insgesamt ins Rutschen kommen könnte. Überdies besitzt der Nordkaukasus auch erhebliche militärstrategische Bedeutung als Truppenstützpunkt. Er ermöglicht den Zugang zum Südkaukasus und zur gesamten türkisch-iranischen Grenze.

2.2 Die Interessen der USA

Die USA sind weltweit der größte Ölverbraucher. Sie haben im Interesse ihrer Erdölwirtschaft sowie aus geostrategischen Gründen beträchtlichen Einfluss in der Region gewinnen können. Bereits Mitte der neunziger Jahre erklärten die USA den kaspischen Raum zur „Region ihrer nationalen strategischen Interessen“. Ihr Augenmerk richtet sich auf eine zuverlässige, nicht von islamischen bzw. islamistischen Regimes in Iran und Afghanistan zu unterbrechende Verbindung nach Zentralasien (Karl Grobe, 2001, S. 15). Die Geostrategie der USA geht aber weiter. Sie ist darauf gerichtet, jede Neuaufgabe einer Weltmacht auf dem eurasischen Kontinent schon im Ansatz zu verhindern, die ihr gefährlich werden könnte. Dafür braucht die USA die NATO, denn nur über sie ist bislang eine stabile US-Hegemonie über Europa gewährleistet. Gefährlich werden könnte ihrer Hegemonie insbesondere eine Entente zwischen der EU und Russland mit dessen Ressourcenreichtum, das zur Weltmacht aufsteigende China und das daneben zur regionalen Großmacht strebende Indien. Deshalb

wird der Einfluss der NATO in der Krisenregion ausgebaut, verbünden sich die USA immer fester mit der Türkei, Aserbeidschan und Georgien. Außerdem sollen die Beziehungen mit Usbekistan vertieft werden. Das vorrangige Ziel richtet sich darauf, Russland außenpolitisch einzudämmen und innenpolitisch zu schwächen. Die Türkei selbst hat handfeste politische und wirtschaftliche Interessen an der Region, will wieder ihren Einfluss bei den Turkvölkern Zentralasiens ausbauen und an ihrer verlorenen Größe als ehemaliges osmanisches Weltreich anknüpfen.

Strategischer Hebel, um Russland auszubooten und amerikanische Erdölinteressen durchzusetzen zu können, ist für die USA, das bisherige Pipelinemonopol Russlands zu brechen. Das kann nur mit Pipelines erreicht werden, die das Öl und Gas ungehindert an Russland vorbeiführen und auf die Weltmärkte bringen können. Für die USA kommen hier nur zwei Transportkorridore in Frage. Zum einen über Aserbeidschan und Georgien zum Schwarzen Meer bzw. über die Türkei zum Mittelmeer. Eine erste kleinere Pipeline an das Schwarze Meer konnte inzwischen realisiert werden. Über die Pipeline Baku-Ceyhan ist das letzte Wort immer noch nicht gesprochen. Zum anderen favorisieren die USA eine Pipelinetrasse für Öl und Gas von Mittelasien über Afghanistan nach Pakistan, über die auch der große indische Markt beliefert werden könnte. Das Projekt des Ölkonzerns Unocal ist 1998 aufgegeben worden, da es durch ein für die USA und den Ölkonzern politisch unsicheres Afghanistan führte. Das Projekt dürfte wieder verfolgt werden, sobald in Afghanistan ein dem Westen aufgeschlosseneres Regime herrscht. Dafür sind inzwischen erste Voraussetzungen geschaffen worden. Das Taliban-Regime wurde von den USA mit Hilfe der Nordallianz militärisch beseitigt. Mit maßgeblicher deutscher Unterstützung ist eine Übergangsregierung gebildet worden, die dem Westen offen steht und an dessen Spitze ein Premier steht, der bei den Verhandlungen über die Ölpipeline als Berater im Auftrag von Unocal fungierte (Pierre Abramovici, 2002, S. 7).

Unabhängig von den strategischen Plänen der US-Administration haben große amerikanische Ölkonzerne wie Chevron bereits seit längerem gemeinsam mit Russland Wege und Pipelines gefunden, das geförderte Öl auf die Weltmärkte zu bringen.

2.3 Die Interessen der EU

Bislang haben die Mitgliedstaaten der EU noch keinen gemeinsamen Nenner für ihre Politik in der kaspischen Region gefunden. Die Zusammenarbeit auf europäischer politischer Ebene

wird überwiegend noch von wirtschaftlichen als von geostrategischen Überlegungen bestimmt. Die EU verfolgt in der Region vor allem langfristig angelegte Energieinteressen. Für eine sichere Versorgung mit Öl und Gas wird auf einen von Russland ungehinderten Zustrom kaspischer Energie auf den Weltmarkt gesetzt, ermöglicht durch einen euro-asiatischen Transportkorridor, der ebenfalls über Georgien, Armenien und Aserbeidschan in die kaspische Region führen soll. Auf lange Sicht ist für Europa kaspisches Erdgas wirtschaftlich interessanter als Erdöl, denn in der EU gewinnt Erdgas zunehmend an Bedeutung als Grundstoff in der industriell-gewerblichen Produktion sowie als Brennstoff für Heizkraftwerke.

Wenngleich auch die USA die politische und militärische Führungsmacht innerhalb der Triade USA/Kanada-EU-Japan sind, so bestehen doch trotz vieler Gemeinsamkeiten auch deutliche Unterschiede zur Politik der EU. Auf einige wichtige Punkte sei nachstehend eingegangen:

1. Grundmuster der bisherigen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU – die von einer zunehmenden Militarisierung und Aufrüstung begleitet wird - ist es, Russland allseitig in die europäische Wirtschafts- und Sicherheitspolitik einzubinden. Im Unterschied zu den USA möchte die EU dabei arbeitsteilig die Rolle Russlands bei der Konflikteindämmung in der Region stärken. Die derzeit tonangebenden Kräfte in Politik und Wirtschaft haben vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessenlagen in den einzelnen Nationalstaaten, z.T. bereits beträchtlicher Abhängigkeiten von russischen Erdgas- und Erdölimporten, bestehender, lukrativer Geschäfte und winkender Aufträge aufgrund des riesigen Modernisierungsbedarfs in Russland, aber auch wegen des geschichtlich belasteten Verhältnisses zu Russland durch zwei Weltkriege und dessen andauernder schwieriger sozialer und wirtschaftlicher Gesamtlage, kein Interesse daran, das es zu einer weiteren Destabilisierung der Krisenregion und damit auch Russlands kommt.

2. Die EU fürchtet die Entstehung von neuen Blockbildungen in der Region. Die Befürchtung richtet sich vor allem auf einen Block aus den USA, der Türkei und den Staaten Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbeidschan und Moldawien (GUUAM), der sich gegen einen Block bestehend aus Russland, dem Iran und Armenien oder sogar einen aus Russland, China und den mittelasiatischen Staaten (in Form der „Fünf von Schanghai“, s. Kap. 3) wendet. Das Bündnis GUUAM war zur Sicherung künftiger Transportwege und Pipelineprojekte aus dem kaspischen Raum in Richtung der Westmärkte geschmiedet worden und suchte dafür

Unterstützung bei der NATO (Alexander Rahr, 2000, S. 5). Die USA und die NATO betrachten die große Ukraine als „strategische Hauptbarriere“ zu Russland und - wie es Brzezinski ausdrückte - als „Garant für eine reibungslose Transformation Russlands von einer imperialistischen Macht zu einem Nationalstaat“.

Allerdings könnten die USA einen von ihr angeführten Block auch dazu nutzen, eine mögliche Entente zwischen der EU und Russland zu hintertreiben, um ihre Hegemonialinteressen zu wahren.

Eine feste Anbindung der Ukraine an die USA und die NATO dürfte indes nicht einfach werden, denn jede „einseitige Orientierung nach Osten oder Westen“ würde aufgrund der gesellschaftspolitischen Binnenstruktur „zu einer ernsten Belastung der innenpolitischen Stabilität und letztlich zur Gefährdung der ukrainischen Staatlichkeit führen“ (Manfred Schünemann, 2002, S. 281). Es wird wohl auch dadurch nicht einfach werden, weil russisches Kapital einen beträchtlichen Teil des Öl- und Gassektors des Landes samt Teilen des dazugehörigen Pipelinesystems beherrscht. Europäische Befürchtungen dürften im Zusammenhang mit der Öl- und Gasversorgung und möglichen Störungen stehen, denn die ukrainischen Pipelines sind für den Transit insbesondere von Gas aus Russland in die EU energiepolitisch höchst bedeutsam.

Russland beobachtet wie die EU die Entwicklungen in der Ukraine aufmerksam, zumal dort immer wieder russische Gaslieferungen illegal abgezweigt wurden und sich das Land in der Vergangenheit dem Westen als Alternativroute für russische Gaslieferungen – siehe GUUAM - angeboten hatte. Russland plant deshalb, künftige Pipelines an der Ukraine vorbei über Weißrussland und Polen in die EU zu bauen. Das traf die ukrainische Staatsführung tief, denn dann verliert die Ukraine wichtige Transitgebühren und damit eine ihrer wichtigsten Einnahmequellen für den Staatshaushalt. Inzwischen beginnt dadurch das labile Fundament, auf dem das GUUAM- Bündnis aufgebaut wurde, zu bröckeln (Alexander Rahr, 2001, S. 4).

Auch das kleine Moldawien ist bislang keine feste Größe als Bündnispartner für die USA geworden. Im Gegenteil. Es richtet inzwischen wieder – ein Ergebnis der jüngsten Parlamentswahlen - den Blick nach Russland (Guy-Pierre Chomette, 2002, S. 10).

Eine weitere Möglichkeit für eine Blockbildung ist, dass Russland, der Iran und China näher zusammenrücken.

Solche Blockbildungen können also über die zentralasiatische Region hinaus große europäische Wirtschaftsinteressen beeinträchtigen. Wer hier politisch bestimmt, beherrscht schließlich einen Teil des europäischen Energiemarktes und damit die Konditionen für Energieimporte. Nicht zuletzt könnten z. B. europäischen Energiekonzernen neue lukrative oder bestehende Geschäfte auf dem russischen und iranischen Energiemarkt erschwert werden, die im Gegenzug dann bevorzugt an China oder auch Indien mit ihrem riesigen Ölbedarf gingen. Allerdings sind bei solchen Blockbildungen nicht nur Wirtschaftsinteressen, sondern auch das zentrale Thema Versorgungssicherheit im Auge zu behalten, die, soweit gestört, sofort zu politischer Nervosität, Spannungen und Säbelrasseln führt und den Druck im Kessel steigen lässt.

Das Thema dürfte denn auch sofort und dramatisch auf der Tagesordnung stehen, wenn ein weiterhin russlandfreundliches Armenien in solch einem neuen „Ostblock“ Mitglied sein sollte. Denn dann würde der geplante breite euro-asiatische Transportkorridor der EU mit seinen Pipelines zu einer schmalen Passage werden und noch dazu mitten durch ein seit langem politisch äußerst instabiles Georgien führen. Damit wäre nicht nur die von den USA favorisierte Pipeline von Baku über Georgien nach Ceyhan stark gefährdet. Zugleich könnten bestehende Pläne für eine alternative Pipelinetrasse von Baku über Armenien nach Ceyhan ad acta gelegt werden. Das insbesondere, wenn das Berg Karabach Problem zwischen Armenien und Aserbeidschan nicht gelöst ist, denn laut Planung verläuft diese Pipeline mitten durch das Konfliktgebiet.

Insgesamt wäre damit ein ungehinderter Zugang zu den mittelfristig benötigten und wichtigen Energieressourcen der kaspischen Region über diesen Transportkorridor mehr oder weniger in Frage gestellt.

3. Europa ist im Gegensatz zu den USA nicht für eine Eindämmung des Iran und Russlands, die für die USA von höchster Priorität ist. Europa ist für politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und befürwortet im Gegensatz zu den USA auch den Energietransport über russische und iranische Pipelines. Die allseitige Einbindung Russlands in die europäische Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ist aber an diesem Punkt widersprüchlich, denn der in Ost-West-Richtung verlaufende, Russland umgehende Transportkorridor ist provozierend. Russland fürchtet, dadurch in der Region isoliert zu werden.

4. Im Hinblick auf ihre Energie- und Sicherheitsinteressen hat die EU - damit sich die Lage im Vorfeld ihres Machtbereichs nicht zu ihren Ungunsten entwickelt – alle kaukasischen Staaten, darunter Russland, in den Europarat aufgenommen und mit fast allen Staaten in der

kaspischen und mittelasiatischen Region Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geschlossen.

5. Die EU ist nicht daran interessiert, dass die Türkei vor dem Hintergrund ihrer Geschichte eine zentrale Rolle in Zentralasien und im Kaukasus spielt. Die EU unterstützt auch nicht amerikanische Pläne, die die Türkei als Haupttransportland für Öl und Gas auf den Weltmarkt vorsehen und die Pipeline Baku-Ceyhan hierfür noch immer in den Mittelpunkt stellen.

Ein widersprüchliches Bild der Politik der EU entsteht für Russland zusätzlich durch die Ausdehnung der NATO in der kaspischen Region (s.u.), auch wenn es mit dem Westen über die Grundakte NATO-Russland von 1997 gemeinsame Interessen hat. Russland dürfte hier neben tangierten Sicherheitsinteressen, insbesondere durch die USA, auch das große Gewicht und den Einfluss der mit gewaltigen Finanzmitteln ausgestatteten amerikanischen Ölkonzerne als bedrohlich für seine eigenen Ölinteressen bewerten, denn nicht zuletzt dadurch sind russische Ölkonzerne bislang von vielen lukrativen Geschäften ausgeschlossen worden. Russland sähe hier jedes andere Land lieber. Allerdings dürfte Russland auch als bedrohlich bewerten, zumal wenn es von dieser Entwicklung ausgeschlossen bliebe, dass sich die EU mehr und mehr zu einer zu einer international handelnden Weltmacht mit einer eigenen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt und wohl bald über eine schnelle Eingreiftruppe verfügen (geplant bis 2003) wird. Ein erster Testlauf dafür dürfte wohl die fast ausschließlich aus Europäern bestehende Schutztruppe in Afghanistan sein.

2.4 Die Interessen Deutschlands

Deutschland hat bislang keine allzu große Rolle in der mittelasiatischen und kaspischen Konfliktregion gespielt. Schließlich verfügt es nicht über Ölkonzerne von internationalem Gewicht. Deshalb haben sich die wirtschaftlichen Interessen bislang vor allem auf die Modernisierung der staatlichen Infrastrukturen gerichtet, die Voraussetzungen für den weiteren Zufluss von Kapital bilden. Da jedoch die meisten Staaten in dieser Region kaum Geld haben, sind natürlich auch die Investitionen nicht sehr hoch. Trotzdem ist Deutschland inzwischen neben den USA zum wichtigsten Handelspartner in Zentralasien geworden. Diese relativ bescheidene Rolle beginnt sich seit einiger Zeit zu ändern. Das Interesse Deutschlands als größtem europäischem Erdöl- und Erdgasimporteure an den kaspischen Energieressourcen wird stärker. Denn die Vorräte der Nordsee, die bislang seine Versorgung mit Erdöl zu gut einem Drittel sicherstellen, werden in absehbarer Zeit erschöpft sein. Zur Absicherung

deutscher Interessen sind inzwischen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und in Verbindung mit dem Beschluss des NATO-Rats vom 12.09.2001 zum Bündnisfall entscheidende Voraussetzungen geschaffen worden. Mit dem Mandat des Bundestages vom 16.11.2001 zum Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte ist der Einsatzbereich der Bundeswehr um die Arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien sowie Nordafrika und die angrenzenden Seegebiete erweitert worden. In diesem Raum werden von der NATO verstärkt, wie eingangs dargelegt, Vorbereitungen für eine ungehinderte Zufuhr von Öl und Gas getroffen.

Damit steht zu befürchten, dass Deutschland ein weiteres Mal in seiner bisherigen Geschichte nach den Energieressourcen in der kaspischen Region unter Einsatz militärischer Mittel zu greifen versucht, wenngleich auch diesmal nicht mehr allein, sondern in das europäische Machtgefüge eingebunden.

2.5 Die Interessen Chinas

Das zu einer Weltmacht aufsteigende China ist inzwischen nach Japan der zweitgrößte Energieverbraucher bei Rohöl in der asiatisch-pazifischen Region. Es besitzt nur geringe Öl- und Gasvorräte und hat einen gewaltigen Importbedarf. Es wird damit gerechnet, dass China in weniger als 30 Jahren die USA beim Energiebedarf überholt haben. China konkurriert insbesondere mit den USA – die das Land als „strategischen Konkurrenten“ einstuft - um den Zugang zu Energieressourcen. Kommende Konflikte mit den USA, aber auch der EU und Japan sind absehbar. Bereits seit Ende der achtziger Jahre haben die chinesischen Streitkräfte auf die sich abzeichnende Energieabhängigkeit vom Persischen Golf hingewiesen, um die beschleunigte Modernisierung ihrer Seekriegsflotte zu rechtfertigen (Frank Umbach, 2001, S.43 ff.). Seit ungefähr 1997 ist ein regelrechter Wettlauf Chinas in vielen Teilen der Welt zur Sicherung von Öl- und Gasvorräten festzustellen. Auf dem eurasischen Kontinent beteiligt es sich teilweise in großem Umfang an der Erschließung von Ölfeldern in Russland, Kasachstan, Iran und Pakistan. Von Kasachstan will es sich über eine gigantische Pipeline mit notwendiger Energie für seinen wirtschaftlichen Aufbau versorgen. Im Irak hat China Erdölkonzessionen erworben, mit Russland, Turkmenistan und dem Iran wird oder wurde dazu verhandelt. Mit Italien und Indien sind Joint-Ventures unterzeichnet worden. China ist darüber hinaus zu einem wichtigen Handelspartner für Kirgisistan, Usbekistan und Kasachstan geworden. Sein offiziell verkündetes, strategisches Interesse an der mittelasiatischen Region hat aber auch die Stabilität seiner Region Sinkiang im Blick, die nicht durch instabile Staaten in Zentralasien gefährdet werden soll.

2.6 Die Interessen Irans

Der an Erdöl und Erdgas reiche Iran, selbst Anrainer des Kaspischen Meeres, sieht sich als natürliche islamische Vormacht der Region. Es möchte eine größere Rolle bei der Energieerschließung in der Region spielen und bietet sein gut ausgebautes Pipelinennetz als ideales Transportmittel an. Die kürzeste, sicherste und auch wirtschaftlichste Route für eine Pipeline führt von Baku nach Täbris im Iran und von dort weiter zum Persischen Golf. Die USA haben bislang eine Alternativroute über den Iran bislang immer aus Sicherheitsgründen abgelehnt. Das Land soll in der kaspischen Region isoliert bleiben und mit seinen Pipelines nicht als Brücke für die mittelasiatischen Staaten zum Persischen Golf und damit zu den Weltmärkten dienen. Die USA wollen die Kontrolle über die Pipelinerrouten und damit über die Öl- und Gasströme behalten. Vor einiger Zeit gab es Anzeichen dafür, dass die Sanktionen gegen den Iran in absehbarer Zeit gelockert werden könnten. So hatte US-Vizepräsident Dick Cheney als Vorsitzender der von Präsident Bush einberufenen „Energy Task Force“ in einem vorläufigen Bericht eine Änderung der amerikanischen Haltung gegenüber dem Iran angeregt. Diese Anregung bezog sich interessanterweise auch auf den Irak und Libyen. Als Grund wurde die „Bedeutung ihrer Ölförderung für die Erfüllung der heimischen und globalen Energienachfrage“ genannt. Damit wird wiederholt eine Grundlinie der US-Regierung deutlich. Vorrangig wird außen- und innenpolitisch das Ziel einer sicheren Energieversorgung der USA verfolgt. Diese Töne sind nach dem 11. September 2002 aber wieder verstummt. Ende Januar 2002 bezeichnete US-Präsident Bush den Iran, Irak und Nordkorea als „Achse des Bösen“ und heizte damit Spekulationen über neuerliche Militärschläge an. Mit Blick auf den Iran können das nicht nur Vorboten einer Konfrontation sein, die sich gegen das Land als solches richten, sondern auch nach innen wirksam werden könnten. Die oppositionellen Kräfte im Iran werden dadurch an die Seite der Radikalislamisten getrieben und zugleich die gemäßigten Kräfte um Präsident Khatami geschwächt (Karl Grobe, 2002, S. 3).

Unabhängig von der Sanktionspolitik der USA und ihren neuerlichen Drohungen sind europäische und russische Ölkonzerne (insbes. TotalFinaElf, Royal-Dutch-Shell, Gazprom) sowie der chinesische Ölkonzern Chinese National Petroleum Corporation (CNPC) bereits seit geraumer Zeit dort in Ölgeschäfte eingestiegen. Auch die Europäische Union strebt bereits seit längerem mit dem Iran eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit an, die ihrerseits, wie bereits dargelegt, vom Interesse an einer sicheren Energieversorgung mitbestimmt ist.

Es ist derzeit offen, welchen Weg die Entwicklungen nehmen und ob die USA der EU hier ihren Kurs der Konfrontation aufzwingen kann oder ob sie ihn mittelfristig wieder ändert.

2.7 Die Interessen Saudi-Arabiens

Das feudal-mittelalterlich regierte und sich inzwischen in erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten befindliche Saudi-Arabien hat nicht nur das Taliban-Regime in Afghanistan unterstützt und diplomatisch anerkannt. Es ist auch Hauptfinanzier des islamischen Fundamentalismus in der kaspischen und mittelasiatischen Konfliktregion. Es unterstützt mit seinen vielen Petro-Dollars nicht nur tschetschenische Widerstandsgruppen, sondern fördert vor allem die Verbreitung seiner Staatsreligion, den Wahhabismus, die konservativste und rigoroseste Variante des sunnitischen Islam. Insbesondere in Mittelasien werden ganz offiziell mit dem Geld viele islamische Kulturzentren und Moscheen gebaut, in denen Abertausende von Koranschülern unterrichtet werden. Die überaus einfachen Losungen der Wahhabiten greifen überall dort leicht, wo die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung zusammengebrochen ist und Alternativen zu diesen Losungen praktisch nicht (mehr) vorhanden sind (Karl Grobe, 2001, S. 48/49). Der mehrheitlich schiitische Iran sieht sich als Konkurrent, hat aber selbst zu wenig Geld und kann deshalb nur begrenzt gegensteuern. Staaten wie Kasachstan fürchten, das dadurch eine fünfte Kolonne entstehen könnte, die sich den kriegerischen Fundamentalismus der Taliban zum Vorbild nehmen könnte. Nach Auffassung eines hochrangigen kasachischen Militärvertreters ist das zentralasiatische Öl eine unerwünschte Konkurrenz für die Saudis auf dem Weltmarkt. Deshalb hätten sie Interesse daran, die Region zu destabilisieren. Möglicherweise könnte auch das einen Hintergrund mit dafür abgegeben haben, weshalb die islamistischen Separatisten immer wieder Russlands außenwirtschaftlich wichtige Ölpipeline, die ehemals über Tschetschenien führte, lahm legten.

Im Zusammenhang mit dem Begriff „Wahhabismus“ sei darauf verwiesen, dass das Wort in Russland und den mittelasiatischen Staaten zum „Kampfbegriff gegen alle Spielarten des Islam geworden ist, die in irgendeiner Weise als politisch oder religiös „militant“ bewertet werden können“. Der in Russland und der kaspischen Konfliktregion beheimatete Volksislam und der offizielle Islam sind nicht zerstörende, sondern auf verschiedene Weise gesellschaftlich integrierende Kräfte (Karl Grobe, 2001, S. 49).

3. Russlands Reaktionen auf die Entwicklungen in der Krisenregion

Nach dem Machtantritt von Präsident Putin hat Russland auf die für sich als gefährlich eingeschätzten Entwicklungen in der kaspischen und mittelasiatischen Region reagiert und dazu beigetragen, dass sich die Lage entschärfte. Zwei Schritte waren dafür besonders wichtig:

1. Das russische Pipelinennetz steht inzwischen allen Ländern Mittel- und Zentralasiens offen. Damit konnte der amerikanische Einfluss, insbesondere der US-Ölgesellschaften merklich zurück gedrängt werden.

Gleichzeitig werden europäische Energiekonzerne für den russischen Markt interessiert. Überdies bot Putin der EU die Zusammenarbeit beim Aufbau eines gesamteuropäischen Transportnetzwerkes an, das die EU auch mit Asien verbinden kann. Weiterhin stehen gemeinsame Öl- und Gaspipelines auf dem Programm. Auf beiden Feldern investiert Russland in den nächsten Jahren viele Milliarden US-Dollar. Damit versucht es zu verhindern, in der kaspischen Region von wichtigen Handelsströmen abgeschnitten zu werden. Angesichts dieser Entwicklungen hat die EU begonnen, ihre Haltung zu ihrem euroasiatischen Transportkorridorprojekt zu ändern. Sie räumt nunmehr dem Ausbau der Transsibirischen Eisenbahn höhere Priorität ein. Damit ist wohl dem Druck der westeuropäischen Wirtschaft Rechnung getragen worden, die mit Russland ihre Geschäfte ausbauen und zudem mit dem wirtschaftlich boomenden China stärker Handel treiben will.

Putin hat - ein weiterer Punkt, um das Verhältnis zum Westen insgesamt zu verbessern - der EU und den USA zugesagt, deren Abhängigkeit vom OPEC-Öl zu verringern. Russland will zu einem der führenden Anbieter auf dem Welterdölmarkt werden.

Mit der Zusage Putins legte sich Russland mit der OPEC an, die gerade dabei war, ihre Fördermengen zu kürzen, um den Verfall des Ölpreises zu stoppen. Inzwischen hat Russland zur Stützung des Ölpreises seine Ausfuhr leicht gedrosselt. Die Entscheidung ist ein Kompromiss, der mehreren Interessen zugleich dienen soll, vor allem aber das Verhältnis zur europäischen Wirtschaft nicht beschädigen möchte.

Eine erste Voraussetzung zum führenden Ölanbieter zu werden, ist am 27. November 2001 in Erfüllung gegangen. An diesem Tag ist die neue Ölpipeline von Kasachstan (Tengisfeld) ans Schwarze Meer in Betrieb genommen worden, mit der vor allem vom US-Ölkonzern Chevron gefördertes Öl auf den Weltmarkt gebracht werden kann. Damit ist zugleich das Pipelineprojekt Baku-Ceyhan wirtschaftlich schwer getroffen worden. Mit dieser Pipeline sollte gerade das Öl aus den großen kasachischen Ölvorkommen abtransportiert werden. Für

die eher geringen Ölvorkommen Aserbeidshans lohnt sich das Pipelineprojekt praktisch nicht mehr. Das umso mehr, als Russland inzwischen zusätzlich seine strategisch wichtige „Nordpipeline“ von Baku nach Noworssijsk am Schwarzen Meer wieder in Betrieb genommen hat. Mit einem „Bypass“ führt sie nun um Tschetschenien herum, wo sie immer wieder von den Aufständischen lahmgelegt wurde. Damit ist auch auf diesem Wege wieder ein störungsfreier Abfluss aserbeidshanischnen Erdöls auf die westlichen Ölmärkte möglich (Alexander Rahr, 2001, S. 3). Trotzdem ist nicht auszuschließen, das die Pipeline Baku-Ceyhan aus politisch-strategischen Gründen doch gebaut wird.

2. Präsident Putin ist es gelungen, die Zusammenarbeit der mittelasiatischen Länder im Staatenverbund GUS zu verbessern und dadurch eine neue, wenn auch schwierig zu befestigende, politische Nord-Süd-Achse zu schaffen. Um dem Druck der USA besser begegnen zu können, versucht Russland sich sowohl in Europa als auch Asien zu verankern. Zum einen setzt es dabei auf eine rasche und stabile Anbindung an die EU. Langfristiges Ziel ist eine Mitgliedschaft Russlands in der EU. Immer wieder werden auch Signale über eine mögliche NATO-Mitgliedschaft ausgesandt. Damit würden zwar militärische Bedrohungen durch die NATO entfallen. Zudem hofft Russland wohl, das mit seinem Beitritt das große Gewicht der USA innerhalb der NATO geschwächt werden könnte. Als Kehrseite der Medaille entstünde dann aber ein gewaltiger Militär- und Machtblock im Norden, durch den sich die gesamte südliche Welthalkugel bedroht fühlen würde. Zum anderen baut Russland nach Asien hin seine Beziehungen zu China und Indien aus.

Vor diesem Hintergrund ist inzwischen ein regionales, wenn auch in sich wenig gefestigtes Sicherheitsbündnis entstanden, das auf der bereits seit längerem bestehenden Zusammenarbeit der sog. „Shanghai-Gruppe“ aufbaut. Es steht unter Führung Russlands und Chinas und schließt die vier mittelasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan sowie seit kurzem Usbekistan ein. Ein Ziel des Sicherheitsbündnisses richtet sich auf die Abwehr fremder Staaten, die versuchen, Einfluss auf Zentralasien zu nehmen. Es wird im besonderen von Russland und China verfolgt und meint hier vor allem die USA. Diese Stoßrichtung wird allerdings von den anderen Bündnisstaaten weniger geteilt. Im Mittelpunkt des Bündnisses steht als gemeinsamer Nenner die regionale Sicherheitspolitik. Die beteiligten Staaten sehen ihre innere Stabilität in den letzten Jahren zunehmend durch grenzüberschreitenden Terrorismus, Separatismus, Sorge um die Bildung islamistischer Opposition in den eigenen Gesellschaften und Drogenhandel gefährdet (Uwe Halbach, 2001, S. 1). Das inzwischen

gestürzte Taliban-Regime in Afghanistan wurde als die eigentlich destabilisierende Kraft in der Region betrachtet (Gudrun Wacker, 2001, S. 20). Im Mai 2001 ist sogar noch der Aufbau einer gemeinsamen Eingreiftruppe beschlossen worden, die bei Krisen und im Kampf gegen den Terrorismus, insbesondere gegen das Taliban-Regime eingesetzt werden sollte.

Bedrohungsanalyse und Sicherheitspolitik sind einseitig und problematisch, weil sie ungelöste, gravierende innergesellschaftliche Missstände ausblenden, für die die Staaten selbst verantwortlich sind und die kriminelles Denken und Handeln begünstigen.

Russland hat über das Bündnis hinaus seit geraumer Zeit seine Beziehungen zum Iran ausbauen können. Beide Staaten verbindet inzwischen eine relativ enge außenpolitische Zusammenarbeit und gemeinsame Interessen im kaspischen Raum, in der Afghanistanpolitik und vor allem in der Ablehnung einer unipolaren Weltordnung. Die verbesserten Beziehungen zum Iran werden von Russland für wichtig erachtet, da dessen Stimme Gewicht in der Region hat und durch ihn mäßigend auf die Islamisten im Nordkaukasus und in ganz Zentralasien eingewirkt werden könnte. So hatte bereits vor geraumer Zeit der iranische Außenminister in seiner Funktion als Vorsitzender der großen „Islamic Conference Organization“ angeboten, Russland bei der Suche nach einer friedlichen Lösung im Nordkaukasus behilflich zu sein.

4. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und erste Folgen

Nach dem 11. September hat sich die internationale Situation und damit auch die in Zentralasien und im Kaukasus vollständig geändert. Hierzu seien einige wichtige Punkte genannt:

1. Russland möchte aus der internationalen Krise Gewinn ziehen und bei der Neugestaltung der weltpolitischen Ordnung als voll berechtigtes Mitglied in den Kreis der Handelnden aufgenommen werden. Auf der europäischen Bühne heißt das: beschleunigte Integration in die EU und vor allem eine qualitativ neue Zusammenarbeit mit der NATO. Russland betrachtet diese Organisationen bereits seit geraumer Zeit ganz offensichtlich wichtiger als die OSZE oder UNO. Die kurzzeitig aufgeflammete Debatte über einen möglichen Beitritt oder eine engere Anbindung an die NATO ist aber vorerst einmal wieder verstummt. Die USA haben an einer Vollmitgliedschaft kein Interesse und Angebote für eine begrenzte Mitgliedschaft (z. B. jüngst von Deutschland und England für bestimmte Sicherheitsbereiche wie Antiterrorismus, ABC-Bedrohungen) zielen nur darauf ab, Russland die anstehende Osterweiterung der NATO schmackhafter zu machen. Eine begrenzte Mitgliedschaft kommt

für Russland nicht in Betracht, stattdessen werden nun Fühler für eine „assozierte“ NATO-Mitgliedschaft ausgestreckt. Hierfür hat sich Michail Gorbatschow kürzlich ausgesprochen, der seit einiger Zeit über einen kurzen Draht zu Präsident Putin verfügt.

2. Präsident Putin dürfte angesichts der Terroranschläge klar gewesen sein, dass, wenn er die Kooperation im Kampf gegen den Terror verweigern würde, schwerwiegende Auseinandersetzungen mit den USA, der EU und Störungen der gegenseitigen Beziehungen vorprogrammiert gewesen wären. Russland fürchtete wohl nicht nur insbesondere Verschlechterungen der Beziehungen zur EU, sondern auch, in Mittelasien erneut isoliert zu werden. Letzteres zeigte sich alsbald, denn die mittelasiatischen GUS-Staaten boten bereits am 24. September 2001 ohne vorherige Absprache mit Russland den USA ihre Unterstützung an. Inzwischen haben es die USA geschafft, in Afghanistan und Usbekistan wohl auf Dauer Militärstützpunkte einzurichten, die zudem genau entlang der geplanten Pipelineroute nach Pakistan liegen. Weitere Planungen richten sich auf Stützpunkte in Tadschikistan und Kirgisistan.

Putins Angebot zur Kooperation mit der Antiterror-Koalition war als Versuch zur Schadensbegrenzung für Russland gedacht und wurde von den USA nicht honoriert. Mit den Militärstützpunkten ist ein Einbruch in die unmittelbaren Interessenssphären im Hinterhof von Russland und China gelungen, der als näher gerückte militärische Bedrohung wahrgenommen wird. Die USA können nun auch das regionale Sicherheitsbündnis der „Shanghai-Gruppe“ besser schwächen, dessen Zukunft nach dem 11. September ohnehin unsicherer denn je ist. Zugleich haben die USA mit den Stützpunkten wichtige Voraussetzungen geschaffen, die Energieversorgung ganz in ihrem Sinne zu organisieren und damit auch selbst unabhängiger vom politisch unsicheren Persischen Golf zu werden. Inzwischen deuten sich Differenzen und Rivalitäten zwischen den mittelasiatischen Staaten an, da z. B. Kasachstan – das zugleich noch mit Usbekistan traditionell um die Vormachtstellung in der Region ringt – nicht für eine dauerhafte militärische Präsenz der USA in der Region ist. Russland versucht, mit großen Investitionen in der kaspischen und mittelasiatischen Region Boden zu gewinnen und seinen Einfluss zu befestigen. Es hat sogar signalisiert, sich an der Ölpipeline Baku-Ceyhan zu beteiligen (NZZ, 2002, S. 4).

3. Eine mögliche langfristige Stationierung amerikanischer Truppen in den instabilen Ländern Usbekistan und Tadschikistan mag kurzfristig die Macht der autoritären Regierungen stärken, schließt aber mittelfristig eine Radikalisierung der Bevölkerung nicht aus. So wie etwa in

Saudi-Arabien, wo seit dem Golfkrieg 7000 US-Soldaten stationiert sind. Für die Muslime könnte das ein Beweis für die anti-islamischen Kreuzzugsabsichten der US-Regierung sein. Jedenfalls ist inzwischen der usbekische Regierungschef Karimow für die islamischen Kräfte ein Feind wie einst die Russen (Karl Grobe: 2001, S. 3). Langfristig dürfte daher die Einmischung der USA die Gesellschaften polarisieren, ohne den gesellschaftskritischen Kräften das Wasser abzugraben. In *Le Monde diplomatique* heißt es dazu treffend: „damit begeht Washington in Zentralasien dieselben Irrtümer wie im Nahen Osten: indem man sich mit korrupten und unpopulären Machthabern verbündet, läuft man Gefahr, am Ende als „Feind“ aller veränderungswilligen Kräfte dazustehen“ (Vicken Cheterian, 2001, S. 13).

4. Es besteht die Gefahr, dass nach Abschluss der US-Militäroperationen in Afghanistan die verschiedenen regionalen Akteure wieder ihre Differenzen und Rivalitäten verstärkt austragen. Sehr konfliktrichtig ist der ungeklärte Rechtsstatus des Kaspischen Meeres und damit die Aufteilung des rohstoffreichen Meeressockels. So bestehen beispielsweise erhebliche Spannungen zwischen Aserbeidschan und dem Iran, die beide ein Gebiet im Kaspischen Meer beanspruchen, in dem große Ölvorkommen liegen.

5. Die Situation nach dem 11. September hat auch jene im Südkaukasus verändert. Sie beginnt sich gefährlich zuzuspitzen. Inzwischen ist die Sicherheitsfrage vollständig in den Mittelpunkt gerückt (Rainer Freitag-Wirminhaus, 2002, S. 8).

Aserbeidschan und Georgien sind durch separatistische Bewegungen in ihrem staatlichen Bestand gefährdet. Insbesondere das sich seit längerem am Rande des Chaos befindliche Georgien steht unter großem russischen Druck, endlich die Nachschubwege und Rückzugsgebiete in seinem Land für die tschetschenischen Aufständischen und Terroristen, die teilweise mit dem Al-Qaida-Netzwerk in Verbindung gebracht werden, auszutrocknen. Russland selbst nutzt die separatistischen Konflikte in Georgien – Abchasien, Süd-Ossetien und Adscharien - , damit das Land nicht zu weit Kurs in Richtung Westen nimmt.

Die USA haben in Folge des 11. September damit begonnen, ihre bisherige Politik in der Region mit Bestandteilen des Krieges gegen den Terror anzureichern. Hatten die USA bereits seit längerem schon einen Großteil des georgischen Militärhaushalts finanziert, so sind mittlerweile zusätzlich US- Militärberater in Georgien im Einsatz (Jürgen Schmidt, 2002, S.

4). Auch Aserbeidschan ist für die USA von hoher Bedeutung, denn es ist für sie gewissermaßen der Flaschenhals, über den ein zentraler Zugang zu den Öl- und Gasschätzen in der kaspischen Region kontrolliert werden kann. Stabilität im Südkaukasus ist für die USA

notwendige Voraussetzung für einen störungsfreien Abtransport der Öl- und Gasressourcen aus der kaspischen Region und damit Schutz amerikanischer Investitionen im Öl- und Gassektor. Die US-Politik richtet sich zugleich auf die Sicherung einer Nachschubroute für die US-Militärbasen in Zentralasien. Luftwaffenbasen in Georgien und Aserbeidschan dürften, wie es aussieht, von den USA bei einem Krieg gegen den Irak und – soweit nötig – den Iran, genutzt werden können. Es ist noch offen, ob in den beiden südkaukasischen Ländern dauerhaft US-Militärstützpunkte eingerichtet werden. Unabhängig davon sollen in Aserbeidschan türkische Militärstützpunkte eingerichtet werden. Damit deutet sich für das Land eine neue ordnungspolitische Rolle in der Region an und unterstreicht auch die von den USA ihm zugemessene Bedeutung (NZZ, 2002, S. 4).

Daneben dürfen die Probleme Armeniens nicht übersehen werden. Es fürchtet, dass die Bedeutung Aserbeidschans im Zuge des Kampfes gegen den Terrorismus und die engere Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland zu einer für das Land unvorteilhaften Lösung des Berg Karabach Problems führen könnte. Inzwischen ist es der US-Regierung offenbar gelungen, mehr Einfluß in Armenien zu gewinnen, denn inzwischen ist dem Land militärische Hilfe zugesagt worden.

6. Als Gegenleistung für Putins Entgegenkommen (Bereitstellung von geheimdienstlichen Informationen, Überflugrechte für Kriegsflugzeuge etc.) stellte die USA anfangs jede direkte oder indirekte Unterstützung der tschetschenischen Unabhängigkeitsbewegung ein und setzte sämtliche Maßnahmen zur Schwächung russischer Positionen in Mittelasien und im Kaukasus aus. Westliche Politiker sicherten zu, den tschetschenischen Aufständischen endlich die Geldhähne zuzudrehen. Dennoch ist die alte Politik der USA, die außenpolitische Eindämmung und innenpolitische Schwächung Russlands heißt, nicht verschwunden. Zu Beginn des neuen Jahres wurde der tschetschenische „Außenminister“ Ilias Achmadow in Washington empfangen, was von Russland umgehend als nicht-freundschaftlicher Akt gewertet wurde (FR, 2002, S. 5). Russland hat zwar damit begonnen, mit Unterhändlern von Präsident Maschadow zu verhandeln, gleichwohl wird der Kampf gegen die Aufständischen gnadenlos weiter geführt. Diskussionen um Verletzungen von Menschenrechten braucht es derzeit nicht zu fürchten, da sich die russischen Truppen bei ihren Operationen auf den „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ berufen und hierfür inzwischen bei den westlichen Regierungen auf Verständnis stoßen. Eine friedliche Lösung der blutigen Auseinandersetzungen ist nicht absehbar. Sie wird nicht ohne einen Interessenausgleich zwischen Regionen, Clans und Tejps (Sippen) möglich sein.

5. Ausblick

In Zentralasien ist es nach dem 11. September 2001 zu neuen Zuspitzungen und veränderten Kräftekonstellationen gekommen. In Afghanistan ist das Taliban-Regime von den USA und mit Hilfe der Nordallianz militärisch gestürzt worden. In Mittelasien haben die USA damit begonnen, sich dauerhaft mit militärischen Stützpunkten niederzulassen. Damit realisieren sie Schritt für Schritt ihre Ziele. Sie sichern ihre Hegemonialstellung auf dem eurasischen Kontinent, verbessern den Zugriff auf die kaspischen Energieressourcen und können nun zugleich Russland und China von ihrem Hinterhof her direkt eindämmen und schwächen. Inzwischen haben die USA mit der „Achse des Bösen“ weitere Angriffsziele, vorrangig den Irak und Somalia, markiert.

Diese Spirale der Gewalt darf sich nicht fortsetzen. Alle Anstrengungen müssen sich darauf richten, dass die EU zu einer Friedensmacht wird, die Konflikte mit friedlichen und zivilen Mitteln löst und die dafür die OSZE in Europa und in der mittelasiatischen und kaspischen Konfliktregion in den Mittelpunkt rückt. Das wird kaum anders möglich sein, als dass die EU eigenständig handelt, die beherrschende Stellung der NATO aufhebt und der USA nicht mehr die Führungsrolle überlässt.

In der alten Konfliktregion ist das bestehende Spannungspotential rasch abzubauen. Für eine friedliche und sichere Zukunft sind eine umfassend angelegte Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie zwischenstaatliche Kooperation unumgänglich. Den Frieden zu sichern heißt aber auch, endlich in der internationalen Energiepolitik damit zu beginnen, allen voran die EU, sich unabhängiger vom Erdöl und Erdgas zu machen. Die Zukunft liegt in der Nutzung des Potenzials an Erneuerbarer Energie, solarthermischer Energienutzung und Energieeinsparung. Hängt die Weltwirtschaft weiter wie bisher am Tropf des Erdöls, dann wird der politische, ökonomische und militärische Druck weiterhin voll auf den Öl- und Gasvorräten in der Krisenregion lasten und bestehende Konflikte immer wieder anheizen. Denn wie heißt es seit der Zeit immer wieder richtig, als die aufsteigenden imperialistischen Großmächte im ausgehenden 19. Jahrhundert das Öl als Treibstoff für ihre Schlachtflootten entdeckten: Ölquellen sind Kriegsquellen.

Literatur:

Hintergrundliteratur:

1. Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 1999;
2. Bimboes, Detlef: Konfliktregion Kaspisches Meer, in: Ralph-M. Luedtke/Peter Strutynski(Hrsg.): Nach dem Jahrhundert der Kriege – Alternativen der Friedensbewegung, S. 182 ff., Verlag Winfried Jenior, Kassel 2000;
3. Cremer, Ulrich, Lutz S. Dieter (Hrsg.): Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung, VSA-Verlag, Hamburg 2000;
4. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2000, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000;
5. Garnett, Sherman W., Rahr, Alexander, Watanabe, Koji: Der Kaspische Raum vor den Herausforderungen der Globalisierung – Die Verantwortung der Trilateralen Staaten für die Stabilität der Region, ein Bericht an die Trilaterale Kommission, veröffentlicht im Rahmen der Berliner Schriften zur Internationalen Politik der DGAP e.V., Leske + Budrich Verlag, Opladen 2001;

Einzelne Literaturquellen:

1. Gustav W. Sauer: Die ökologische Herausforderung – Umweltzerstörung als sicherheitspolitische Determinante, S. 96, Deutscher Universitäts Verlag, Wiesbaden 2001;
2. Beitrag „Gefährlicher Nationalismus in Zentralasien“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 29.11.2001;
3. Uwe Halbach: Zentralasien in Bedrängnis - problematische Reaktionen auf regionale Sicherheitskrisen, in SWP-Kurzstudie, S. 1, Berlin 2001;
4. Heike Holbig: Terror in Xinjiang, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1, S. 22 ff., Bonn 2002;
5. Karl Grobe: China sieht Bin Ladens Hand in Xinjiang, in: Frankfurter Rundschau S. 21, Nr. 21 vom 25.01.2002;
6. Seifert, Arne C.: Der islamische Faktor und die Stabilitätsstrategie der OSZE in ihrerr euro-asiatischen Region, Working Papier 4, Zentrum für OSZE-Forschung, Hamburg 2002;
7. Karl Grobe-Hagel: Tschetschenien – Russlands langer Krieg, Neuer ISP Verlag, S.15, Köln 2001;
8. Pierre Abramovici: Dubiose Kontakte zwischen Washington nach den Taliban, in: Le Monde diplomatique Nr. 1, S.7 vom Januar 2002;
9. Alexander Rahr: Konfliktherd Kaukasus nach dem 11. September, in: GUS-Barometer Nr. 29, S. 5 vom Januar 2002;

10. Manfred Schünemann: Ost-westliche Ukraine, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 2, S. 281 ff, Bonn 2002;
11. Alexander Rahr: Energieressourcen im Kaspischen Meer, in: <http://weltpolitik.net/printer-friendly/842.html>, S. 4 vom 18.12.2001;
12. Guy Pierre Chomette: Moldawien – abgedrängt nach Osten, in: Le Monde diplomatique Nr. 1, S. 10 vom Januar 2002;
13. Frank Umbach: Chinas Energiepolitik – globale Dimensionen und Auswirkungen, in: Internationale Politik Nr.1, S. 43 ff., Berlin 2001;
14. Karl Grobe: Fundamentalisten, Kommentar, in: Frankfurter Rundschau Nr. 27, S. 3 vom 01.02.2002;
15. Karl Grobe: a.a.O., S. 48/49;
16. Alexander Rahr: Energieressourcen im Kaspischen Meer, in: <http://weltpolitik.net/printer-friendly/842.html>, S. 3 vom 18.12.2001;
17. Uwe Halbach: a.a.O., S. 1;
18. Gudrun Wacker: Multilateralismus chinesischer Prägung – die Shanghaier Fünf auf dem Weg zum Regionalismus?, in: Wissenschaft und Frieden Nr. 4, S. 20ff., Marburg 2001;
19. Karl Grobe: Usbekische Seitensprünge, Kommentar, in: Frankfurter Rundschau Nr. 252, S. 3 vom 30.10.2001;
20. „Nicht nur Erdölpoker in Aserbeidschan“, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 21, S. 4 vom 26./27.01.2002;
21. Vicken Cheterian : Krisenherd Zentralasien, in: Le Monde diplomatique Nr. 11, S. 13 vom November 2001;
22. „Moskau rügt US-Besuch von führenden Tschetschenen“, in: Frankfurter Rundschau Nr. 21, S. 5 vom 25.01.2001;
23. Rainer Freitag-Wirringhaus: Zentralasien und der Kaukasus nach dem 11. September: Geopolitische Interessen und der Kampf gegen den Terrorismus, in: Politik und Zeitgeschichte Nr. B8, S.8 – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 22. Februar 2002;
24. Jürgen Schmidt: Krieg gegen den Terrorismus im Südkaukasus? Die USA entsenden Militärberater nach Georgien, in: www.swp-berlin.org/produkte/brennpunkte/milgeorgien1druck.htm, S. 4 vom März 2002.

Bearbeitungsschluss: 21.05.02

Verfasser: Dr. Detlef Bimboes, geb. 1946, Diplombiologe, lebt und arbeitet in Wiesbaden.

Veröffentlichung: Beitrag für den 8. Friedenspolitischen Ratschlag in Kassel am 01.12.2001;
Überarbeitete Fassung abgedruckt in: Ralph-M. Luedtke/Peter Strutynski (Hrsg.): Frieden im
Schatten von Terror und Krieg, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik Bd. 7, Verlag Winfried
Junior, Kassel 2002